

Aufwärts

Bezugspreis:

Erscheint wöchentlich sechs Mal. — Preis monatlich 1.25 und 0.80 Beleggebühr, beim eigenen Postamt bestellt. — Für Ausland unter Streifenband 1.50 (inkl. Postgeb.). Preis der Einzelnummer 10 Pf. Postfach 1010 Hannover 67 377.

Christliches Tageblatt

mit den Beilagen „Für Herz und Haus“, „Kindergabe“ und „Unser Ziel.“

Anzeigenpreis:

Die einseitige Millimeterzeile oder deren Raum 10 Pfennig. Reklame 30 Pf. Beilagen unter 25 g je tausend 15 Pf. Schluß der Anzeigenannahme nachmittags 3 Uhr. Postfach 1010 Hannover 67 377.

Nr. 41.

Bielefeld-Bethel (Verlagsort Bielefeld), Mittwoch, den 18. Februar 1931.

13. Jahrgang.

Wohl dem, der sich gewöhnt zur Treu im geringsten Gesichte,

Der in allem sich gut, wohlwollend beweist und Vernunft zeigt,

Dessen Zweck es ist, zu veredeln durch alles sich selber.

Lavater.

Die Immunität der Volksvertreter.

Von Dr. Karl Wittner-Celle.

Der Volksnationale Abgeordnete Bornemann hat kürzlich in einer Reichstagsrede die Aufhebung der Immunität gefordert und diese Forderung mit folgenden Worten begründet: „Sie ist eine Einrichtung zum Schutze der Volksvertretung gegen böswillige Fürsten. Heute schützt sich der Volksvertreter durch seine Immunität vor seinen Volksgenossen. Das ist ein Unfug, wenn jeder beleidigen und verleumden kann unter dem Schutze der Immunität.“

Diese Argumentierung klingt bestechend. Tatsächlich aber ist sie nur ein Armutszeugnis für das Parlament, in dem sie entstehen konnte. Es ist richtig, daß die Immunität die Volksvertretung gegen die Möglichkeit schützen soll, auf dem Umweg über ein skandalöses Strafverfahren außer Gefecht gesetzt zu werden. Daß diese Möglichkeit in einer Republik nicht minder gegeben ist, wie in einer Monarchie, beweisen die skandalösen Vorgänge in Polen. Kein polnischer Abgeordneter wird nach den West-Litauer Erfahrungen einer Aufhebung der Immunität das Wort reden wollen. Und wir dürfen nicht unbedingt glauben, daß solche Zustände nur in Polen möglich sind. Sehen wir ferner zu dem zweiten slawischen Nachbarstaat hinüber, in die Tschechoslowakei, dann werden wir sehen, daß nur die Immunität der Volksvertreter imstande ist, die deutsche Minderheit wenigstens einigermaßen vor der brutalen Vergewaltigung durch den Regierungsbund zu schützen. Auch in Deutschland ist es möglich, daß durch Neuwahlen eine solche Mehrheit zustandekommt, die vielleicht alle Meinungsfreiheit unterdrückt. Dann bleiben den politischen Minderheiten nur die Stimmen ihrer Abgeordneten.

Es ist psychologisch begreiflich, daß der Gedanke einer Diktatur in den extrem gerichteten Parteien durch die derzeitige katastrophale Wirtschaftslage immer mehr an Boden gewinnt. Es ist also nicht ausgeschlossen, daß über kurz oder lang auch in Deutschland dieses Experiment versucht wird. Wer schützt den Diktator vor Mißgriffen, wenn das freie Wort des Volksvertreters durch Aufhebung der Immunität unterbunden ist?

Solange es in der Politik Minderheiten gibt, deren Rechte bedroht sind, muß es immune Abgeordnete geben, die diese Rechte schützen können. Ein anderes aber ist der Mißbrauch der Immunität, der wohl für Bornemanns Forderung im Rahmen der Geschäftsordnungsreform ausschlaggebend war. Es geht nicht an, daß ein Abgeordneter unter dem Schutz seiner Immunität den verantwortlichen Redakteur seiner Parteizeitung spielt, obwohl auch dafür gute Gründe geltend gemacht werden können. Es geht ferner zu weit, daß die persönliche Ehre eines Politikers seinem immunen Gegner ausgeliefert ist oder er sich, falls er selbst Abgeordneter ist, nur durch noch stärkeres Schimpfen gegen Beschimpfung wehren kann.

Die Formen, die der politische Kampf angenommen hat, fordern allerdings eine Reform des Immunitätsbegriffs. Wir sind gewohnt, die Immunität als einen Zustand anzusehen, der den Geschützten aller Verantwortlichkeit enthebt. Gemeint aber ist, daß der Volksvertreter für die Dauer seines Amtes vor Verfolgung geschützt sein soll. Und das ist sehr zweierlei. Ist es nicht schon genug der Verantwortungslosigkeit, daß ein Abgeordneter niemals für seine Anträge und Abstimmungen verantwortlich gemacht werden kann? Das ist praktisch undurchführbar, aber wenigstens für seine persönliche Handlungsweise sollte er nach Ablauf seiner Amtszeit verantwortlich gemacht werden können. Vielleicht würde das die Formen des politischen Kampfes auf ein höheres Niveau heben.

Nun ist es allerdings nicht möglich, im Verlauf eines hitzigen Wortgefechts jedes Wort auf die Goldwaage zu legen. „Affekthandlungen“ müßten also von der Verantwortlichkeit ausgenommen werden, schon deshalb, weil es nicht die schlechtesten Charaktere sind, die in der Hitze des Gefechts zu scharf dreinhalten. Unbedingt strafbar aber müßten nach Ablauf der Immunität jene hinterhältigen, wohlüberlegten persönlichen Angriffe sein, die den politischen Gegner bei seiner Ehre angreifen, in seinen

Privatverhältnissen herumwühlen und seine Angehörigen durch Verbreitung von Gerüchten zu schädigen versuchen.

Die gängliche Abschaffung der Immunität aber würde zu noch größeren Unzulänglichkeiten führen, als ihre heutige Form. Denn an die Stelle der Grobheit würde im politischen Kampfe die Hinfertigkeit treten, an die Stelle der Reue der Duldung. Vor allem wäre es leicht, einen unbequemen Gegner für die Zeit einer kritischen Abstimmung unschädlich zu machen; man braucht ihn nur auf Grund einer falschen Anklage in Untersuchungshaft zu setzen.

Der Ruf nach Abschaffung der Immunität ist aus der unmöglichen Situation unseres Parlamentarismus geboren; aber gerade diese Situation erfordert die Immunität mehr denn je. Eine mangelhafte Institution wird durch verschärfte Polizeikontrolle nicht vollkommen. Unserem politischen Leben kann nur dadurch geholfen werden, daß durch vernünftige Systemänderung die richtigen Leute an den richtigen Ort kommen. Findet man aber keine Möglichkeit, das Parlament zu einer Stätte wertvoller politischer Arbeit zu machen, dann müßte die Frage aufgeworfen werden, ob nicht vielleicht dem Wesen des deutschen Menschen eine andere Art politischen Wirkens gemäßer wäre.

Quo usque tandem?

II. Die Antwort des Staatssekretärs z. D. Freiherr v. Rheinbaben. (Berliner Börsen-Courier).

„Jede politische Meinungsäußerung Cecil ist einer besonderen Beachtung in Deutschland sicher. Wir kennen und achten seine uneigennützig, von innerer Wärme und Ueberzeugung geleitete Arbeit für den Frieden. Wir haben nicht vergessen, daß er als traditioneller konservativer freiwillig aus dem konservativen Kabinett ausschied, weil dieses nach seiner Auffassung nicht genug für die Abrüstung tat. Wir sahen ihn auf vielen Genfer Versammlungen, auf Ratstagen, in kaum mehr zu zählenden Komitees, bei internationalen Zusammenkünften. Wir hörten ihn auch in Deutschland sprechen und sind uns bewußt, daß seine wesentlichen Ansichten über Abrüstung und Frieden von einem großen Teil des englischen Volkes geteilt werden. An dieser Beurteilung des Wertes der Persönlichkeit wird dadurch nichts geändert, daß der seit Beginn der jetzigen Linksregierung in England begeistert für sie eintretende Cecil ein starkes Interesse haben mag, die Taten und Auffassungen seiner Regierung auf dem dornigen Felde der Abrüstung international in hellem Lichte erscheinen zu lassen — auch wenn dieses Licht einen trügerischen Schein hat. In diesem Sinne verlangt sein auffälliger Artikel „Quo vadis, Germania?“ im Sonntagsblatt des „Berliner Börsen-Courier“ eine Antwort, die ebenso freimütig und grundsätzlich gehalten ist, wie die an Deutschland öffentlich gerichtete Schicksalsfrage. Gerade damit das Maß internationalen Vertrauens zu der weiteren Arbeit Cecil, soweit Deutschland in Betracht kommt, nicht leidet, ist es dringend notwendig, schon zu Beginn der Vorbereitung zu der am 2. Februar 1932 beginnenden Abrüstungskonferenz diejenigen Irrtümer aufzuklären, die hinsichtlich der Einstellung des deutschen Volkes zum Abrüstungsproblem Viscount Cecil zur Unterlage seiner fremdlichen Schlussfolgerungen gemacht hat.

Das Wichtigste zuerst: Die These ist grundfalsch, daß es im Deutschland von heute nur zwei Strömungen geben soll. Die eine will angeblich die Rückkehr zu einer Politik von „Blut und Eisen“, zu erneuter Anwendung der „Gewalt“, zwecks „Abwerfung des Jochs“. Die andere hängt nach der Cecilischen Auffassung noch heute an den ursprünglichen nachrevolutionären Thesen des „Umschwunges gegen Militarismus und Autorität“, doch sei sie zu schwach geworden, um sich durchzusetzen. So schwer es einem Ausländer auch werden mag, die Vorgänge und Entwicklungen zu verstehen, die zum 14. September 1930 und überhaupt zu heutigen inneren Lage Deutschlands geführt haben, so ist doch eine richtige Erkenntnis dessen, was wirklich ist, unbedingte Voraussetzung für erfolgreiche neue internationale Verhandlungen. In Wahrheit ist neben einer sichtbaren Abkehr von verhängnisvollen Auswirkungen des neudeutschen Parlamentarismus die Abwehr gegen Versailles und die weiter andauernde Demütigung und Niederhaltung Deutschlands die wahre Ursache der starken Veränderungen in den Parteien und in der Gesamteinstellung des deutschen Volkes. Ursache und Wirkung dürfen ohne schweren Schaden für die internationale Friedensarbeit nicht länger miteinander verwechselt werden. Im übrigen legen gerade die Nationalsozialisten den größten Wert auf die Feststellung, daß auch sie an die Anwendung von Gewalt nicht denken und daß ihr

Ruf „Deutschland erwache!“ in erster Linie ein Ruf zu inneren Reformen und stärkerer Abwehr der äußeren Bedrückung durch entsprechende Forderungen der deutschen Regierung und deutscher Delegierten im Ausland sein soll. Zugegeben, daß unter verheißender Agitation, gefährlicher Selbstbeweihräucherung und wirklichkeitsfremder Illusion diese innere Grundtendenz oft genug verborgen bleibt, oder absichtlich — zunächst — verweigert wird. Zugegeben, daß ein klarer Zukunftskurs bisher noch nicht gefunden wurde. Zugegeben, daß die innerdeutsche Entwicklung auch von anderer Seite her und aus mannigfachen Gründen heute eine außerordentlich labile und gefährliche ist. Trotzdem: Die Warnung Cecil vor der Rückkehr zur „Illusion von 1914, zur alten Bündnispolitik, zur Abkehr von internationaler Zusammenarbeit“ geht, soweit sie an Deutschland gerichtet ist, in ihrer Adresse fehl. Was die ganz überwiegende Zahl deutscher Menschen, von Nationalsozialisten bis zu den Sozialisten, in verschiedenen Färbungen und Abstufungen heute wirklich will, ist nach so vielen Leidensjahren die Herbeiführung eines internationalen Zustandes, bei dem Deutschland innerlich sanfter, von dem Druck unerträglicher Tributlasten befreit, nach außen militärisch, politisch, völkerrechtlich gesichert, als zusammenhängender lebensfähiger Staat sein nationales Leben als Glied der Volksgemeinschaft in voller Gleichberechtigung wieder aufzunehmen vermag.

Aus solchen Willen heraus erklärt sich auch die seit 1926, wie Cecil richtig darstellt, erheblich gewandelte Einstellung Deutschlands zum Völkerbund. Vergessen wir nicht, daß sich der Eintritt damals im Zusammenhang mit den Locarno-Verträgen unter dem Druck Frankreichs und Englands letzten Endes und ausschlaggebend unter der unpopulären Parole vollzog: „Nieber drin als draußen!“ Deutschland hat seitdem in fünf Jahren ein Uebermaß von lokalem Willen zu internationaler Zusammenarbeit gezeigt, und ich darf als deutscher Delegierter auf jeder Völkerbundsversammlung diese Feststellung aus eigener und nächster Kenntnis der Dinge wiederholen. Trotzdem mußte allmählich gerade unter denjenigen Politikern, die den Völkerbundsgedanken in nüchterner Abwägung des Für und Wider positiv gegenüberstehen, die Skepsis und das Bedenken wachsen, ob eine weitere Teilnahme Deutschlands an der Völkerbundsarbeit überhaupt noch Sinn und Zweck hat. Die Kluft zwischen den großen Worten von Genf und den praktischen Taten war allzu groß geworden. Die Behauptung Cecil, daß Deutschland ganz besonders versucht habe, in Genf Abhilfe für seine nationalen Beschwerden und Leiden zu finden, beantwortete ich mit der weiteren Feststellung, daß sein Land ebenso wie Frankreich bei den Genfer Reden und Handlungen ihrer instruierten Vertreter niemals auch nur eine Sekunde lang das nationale Interesse ihres Landes außer Acht gelassen haben. Die Mühlen in Genf haben in den abgelaufenen Jahren in Genf nicht nur „langsam“ gemahlen, wie Cecil sagt, sondern haben zeitweise stillgestanden oder, was noch schlimmer war, höchst unausrichtig nur so getan, als wenn sie mahlen. Es ist unrichtig zu glauben, daß die Vorgänge in Genf dem deutschen Volke nicht zutreffend und einwandfrei geschildert worden sind. Richtig ist vielmehr, daß in keinem Lande der Welt die Einzelheiten der Völkerbundsorganisation und die Möglichkeiten des Völkerbundsorganismus so sorgfältig und genau studiert wurden, wie gerade in Deutschland, und daß alle Einzelheiten jeder Völkerbundstagung getreulich und fast zu reichlich berichtet worden sind.

Dies trifft in besonderem Maße für die Bewertung der Verhandlungen in der Vorbereitenden Abrüstungskommission und zuletzt der Abrüstungskonvention zu. Schon aus den Reden Cecil auf der Schlußtagung der Kommission haben wir in Deutschland entnehmen müssen, daß er mit der gerade auch von politischen Linkskreisen durchaus gebilligten Haltung der deutschen Delegierten außerordentlich unzufrieden war. Wir erwidern ihm an dieser Stelle noch einmal, daß nach deutscher Auffassung die englische Delegation eine historische Chance verpaßt hat. Trotz aller Sorgen im Weltreich muß, wie Cecil selbst ganz klar erkennt, die englische Politik ein steter Faktor europäischer Friedensbewahrung sein und bleiben. Bei aller kardinalen Wichtigkeit der deutsch-französischen Beziehungen hat die Nachkriegspolitik auf das Deutlichste gelehrt, daß ohne tätige englische Mitwirkung niemals eine dauernde und stabile europäische Friedensorganisation zustande kommen kann. Wir Deutschen wundern uns im höchsten Maße darüber, daß Cecil den klaren deutschen Rechtsstandpunkt und den für jedes nationalbewußte Volk selbstverständlichen, elementaren deutschen Freiheits- und Unabhängigkeitswillen immer noch nicht versteht. Durch den Waffenstillstand 1918 und

den Friedensvertrag selbst hat Deutschland grundsätzlichen Anspruch darauf, daß seine zwingende Entlohnung kein Dauerzustand, sondern lediglich die Einleitung zu einer allgemeinen Abrüstung ist. Die von ihm seither betriebene Friedenspolitik, die Locarno-Verträge, der Kellogg-Pakt und feierliche Resolutionen der Völkerbundsversammlungen erweisen die weitere Berechtigung Deutschlands, in internationalen Verhandlungen einen ersten entscheidenden praktischen Schritt zu wirklicher Herabsetzung der Landrüstungen seiner Kriegsgegner zu verlangen. Die Nichtanerkennung der ausgebildeten Reserven und des Kriegsmaterials in der bisherigen Abrüstungskonvention müßte bei eventueller Billigung durch die Abrüstungskonferenz dazu führen, daß der tatsächliche, ungeheuerlich überlegene Rüstungsstand der Nachbarstaaten Deutschlands international anerkannt und damit die für Deutschlands Ehre, Würde und Sicherheit unerträgliche Rüstungsungleichheit völkerrechtlich noch einmal legalisiert wird. Nicht nur irgendwelche „Nationalisten“, sondern das ganze deutsche Volk bäumt sich dagegen auf, daß so etwas geschehen soll.

Raum verhüllt droht Viscount Cecil, daß die Aufrechterhaltung dieser durch den Grafen Bernstorff bereits wiederholt verkündeten deutschen Haltung für Deutschland von verhängnisvollen Folgen begleitet sein wird. Wir stellen mit schmerzlichem Bedauern diese Haltung des prominenten Vertreters Englands in den Abrüstungsverhandlungen fest, können uns dadurch in unserer Haltung jedoch in keiner Weise beeinflussen lassen. Cecil geht so weit, an den Kriegseintritt Englands im August 1914 zu erinnern. Er meint, kein Staat solle sich aus der scheinbar kontinentalen europäischen Angelegenheiten abgewenden englischen Haltung zu dem Glauben verleiten lassen, England würde „bei Anwendung von Gewalt“ neutral bleiben. Er wendet sich wohl auch gegen Frankreich, wenn er hinzusetzt, daß früher oder später alle englischen Sympathien derjenigen Nation verloren gehen würden, die dadurch einen Beweis ihrer Unehrlichkeit gegenüber dem Frieden liefert, daß sie „sich weigert, die Zahl ihrer Truppen herabzusetzen“. Gerade er ist es aber gewesen, der in völliger Schwärzung zu früheren Auffassungen der französischen Aufrüstungs- und Bündnispolitik geholfen hat, die tatsächliche enorme Verstärkung der militärischen Rüstungen nach außen hin in genialer Umschichtung des Verhältnisses der aktiven Truppen zu den ausgebildeten Reserven so auszulegen, als habe Frankreich bereits freiwillig „die Zahl der Truppen herabgesetzt“. Auch die englische Politik wird damit rechnen müssen, daß die Zeit bis zum 2. Februar 1932 zur diplomatischen und politischen Vorbereitung der Abrüstungskonferenz anders genutzt werden muß als durch Veröffentlichungen, wie sie Viscount Cecil bei seinen „Fragen an das deutsche Volk“ soeben vorgenommen hat. Die Unruhe, die Gährung, die Krise in Europa nimmt, vorwärtsgetrieben durch wirtschaftliche und finanzielle Not, durch unverhüllte Bestrebungen auf Umsturz und Bolschewismus, weiter zu.

Auf solchem Boden wird es nicht gelingen, eine internationale Festlegung des jetzigen den Frieden gefährdenden Rüstungsunterschiedes zustande zu bringen. Es ist besser, sich überall rechtzeitig darüber klar zu werden, was wirklich ist und nicht dem Wunschbild einer Illusion, nachzugeben, die nicht verwirklicht werden kann. Die leidenschaftlichen Wünsche des deutschen Volkes auf Abänderung des bisherigen Zustandes sind wirklich nicht in dem Glauben abzutun, daß irgendwelche nationalistischen Schreier einen falschen Weg weisen, den die betörte Masse einzuschlagen bereit ist, und daß der richtige Weg ganz einfach darin bestünde, auf der Abrüstungskonferenz dem Entwurf der vorbereitenden Kommission einschließlich erneuter Feststellung der einseitigen deutschen Entwaff-

nung zuzustimmen. Das können und werden wir nicht tun. Um jedoch Cecil über die inneren Motive und Gefühle des deutschen Volkes weiter aufzuklären, und wenn möglich, zu beruhigen, glaube ich am Schluß zu der Feststellung berechtigt zu sein, daß der Großteil des deutschen Volkes seine Fragen folgendermaßen beantwortet:

1. Sind sie bereit, Ihre jungen Söhne, die jetzt die Schule besuchen oder daheim spielen, in einem kommenden Krieg töten oder verstümmeln zu lassen, weil einzelne Staatengruppen ihre Rivalitäten mit den Waffen ausfechten? Antwort: Nein.

2. Sind Sie damit einverstanden, daß an jedem Tage eines Jahres von den Nationen über vierzig Millionen Mark zu Rüstungszwecken ausgegeben werden, zu derselben Zeit, wo äußerstes Elend und Arbeitslosigkeit Millionen von Familien bedrängt, und zu gleicher Zeit, wo alle guten Einrichtungen sozialer, religiöser, erzieherischer Art darben? Antwort: Nein.

3. Sind Sie bereit, stets darauf zu achten, daß internationale Auseinandersetzungen auf friedlichem Wege von Ihrer Regierung geregelt werden, daß sie im Interesse aller Völker eine Politik der Zusammenarbeit betreibt und daß sie Ihr Geld nicht sinnlos vergeudet? Antwort: Ja.

Viscount Cecil wolle uns allerdings gestatten, dem deutschen Volke gleichzeitig noch eine vierte Frage vorzulegen, die sicherlich ebenfalls mit „Ja“ beantwortet werden wird:

4. Sind Sie bereit, dafür einzutreten, daß in den großen grundsätzlichen Fragen der Beziehungen der Völker zueinander und insbesondere in der Organisation des Friedens in Genf oder anderswo die bisherige Unaufrichtigkeit und Heuchelei aufhört, die friedensgefährdenden Rüstungsunterschiede zwischen Siegern und Besiegten verschwinden, gleiche Sicherheit allen Völkern gegeben wird und dabei Deutschland endlich ein Mindestmaß elementarster Lebensrechte erhält, unter denen es im Kreise der Weltvölker wieder frei und gleichberechtigt wird?

Freiwilliger Arbeitsdienst in der Schweiz.

Und Deutschland?

Die Entvölkerung der schweizerischen Gebirgstäler hat die verschiedensten Kreise der Schweiz veranlaßt, Berechnungen und Pläne aufzustellen, wie dieser Entvölkerung entgegenzuwirken sei. Wohl als Folge des Weltkrieges hat sie besonders im letzten Jahrzehnt erschreckend zugenommen, immer häufiger erklang das Wort von den aussterbenden Tälern und Dörfern. Sollte diese Entwicklung wirksam bekämpft werden, dann müßte man bessere Lebensbedingungen schaffen; die Verbindungen zwischen Stadt- und Landvolk müßten neu geknüpft werden, und an die Stelle der städtischen Kolonien sollte die dezentralisierte bäuerliche Siedlung treten, deren Bewirtschaftung den Betrieb selbst trägt.

Wie sollten aber erträgliche Lebensbedingungen geschaffen werden? Durch die allgemeine Arbeitsdienstpflicht, deren Einführung von den bäuerlichen Organisationen lebhaft befürwortet wurde. Vor der öffentlichen Einführung dieser Arbeitsdienstpflicht wurde durch Errichtung freiwilliger Arbeitsgemeinschaften für den Gedanken der allgemeinen Arbeitsdienstpflicht gewonnen. Schon der erste Wurf glückte und bereits 1926 ging der Verband schweizerischer Studentenschaften daran, selbst solche freiwilligen Arbeitsgemeinschaften zu organisieren. Jahr für Jahr entstanden derartige Kolonien, und das dafür gegründete „Amt für Arbeitskolonien“ machte es sich zur Aufgabe, sie als ständige Einrichtung der schweizerischen Studenten beizubehalten. Ein klares Bild, wie und was in solchen Kolonien gearbeitet wurde und mit welchem Erfolg, zeichnet in der Zeitschrift der studentischen Selbsthilfearbeit „Studentenwerk“ Fritz Warber, der in seinem Aufsatz mehrere statistische Aufstellungen bringt. Den Hauptkontingent an Arbeiten stellte die Schweizer Studentenschaft mit einem durchschnittlichen Anteil von 70 v. H., rund 25 v. H. waren Mittelschüler, (Techniker), und der Rest verteilte sich auf andere Berufsgruppen. Der Verfasser kommt zu dem Schluß, daß, wie aus den Zusammenstellungen ersichtlich ist, die Verpflegungskosten jährlich abnehmen, während der Wert des Arbeitstages 4 Jahre lang gleichblieb und in den letzten beiden Kolonien gestiegen ist. Immerhin lassen sich die Erfahrungen aus 6 Jahren, besonders nach den Zahlen der Kolonie des letzten Jahres zusammengefaßt, auf folgende Norm bringen: bei einer Kolonie von 54-tägiger Dauer, in der abwechselnd 100 Mann durchschnittlich 18 Tage arbeiten, wird ein Arbeitseffekt von rund 27 000 Reichsmark erzielt, während zur Durchführung der Kolonie 15 000 RM nötig sind. Wenn auch die Schweizer Verhältnisse nicht einfach auf Deutschland angewandt werden können, so ist dem Schweizer Beispiel doch zu entnehmen, daß sich Verbrauch und Leistung zueinander wie 5 : 9 verhalten.

Fast alle Befürworter eines deutschen Arbeitsdienstjahres sind einverstanden, daß die sofortige Einführung unmöglich, zumindest sehr schwierig ist. Mit dieser Feststellung gewinnt aber die Frage nach einem freiwilligen Arbeitsdienst an Bedeutung. In der Schweiz, wo die Einführung der Arbeitsdienstpflicht einstweilen an der Kapitalbeschaffung scheiterte, ging man, sozusagen als Vorstufe für den Pflichtdienst, an die Errichtung der Arbeitskolonien, die sich bewährten und von Jahr zu Jahr zunehmende Werte hervorbrachten. Von den zahlreichen Gründen, die gegen ein deutsches Arbeitsdienstjahr angeführt wurden, lassen sich keine auf den freiwilligen Arbeitsdienst anwenden. Bei der heutigen politischen Zerrissenheit unseres Volkes, die besonders an der Jugend nicht vorübergeht, wäre ein freiwilliger Arbeitsdienst ein gewaltiges Werk. Sollte das bei uns in Deutschland, genau wie in der Schweiz, nicht auch möglich sein?

Aber nicht nur in der Schweiz, sondern auch in Desterreich beginnt man, sich immer ernster mit dem Problem des Arbeitsdienstes zu beschäftigen. Wir verweisen nur auf die Ausführungen, die der österreichische Abgeordnete Ernst Hampel kürzlich machte, und die in den Worten gipfelten:

„Man kann sich zur Frage der Arbeitsdienstpflicht und des Arbeitspflichtjahres stellen wie man will, eines ist sicher: Die Gefahr der Vernachlässigung für die aus der Schule entlassene Jugend beiderlei Geschlechts zwingt den Staat, eine verantwortungsvolle Volksvertretung, dafür zu sorgen, daß diese Jugend, wenn sie arbeitslos ist, nicht dem Müßiggang und damit dem Vaster anheimfällt, sondern im Rahmen einer Arbeitsdienstpflicht gezwungen wird, ohne Unterschied der sozialen Stellung, an seiner körperlichen und seelischen Erhaltung weiterzuarbeiten. Darüber wird sich der Nationalrat bei der Reform des gesamten Komplexes der sozialen Fragen eingehend zu beschäftigen haben.“

Und in Deutschland? — Nun, da geht man auch in dieser Lebensfrage einer Entscheidung aus dem Wege, und zwar mit dem Randvermerk: „Zu teuer!“ — Was es mit dieser Ausrede auf sich hat, ist bekanntlich von hervorragenden Sachkennern wiederholt klargestellt worden. Aber aus parteipolitischen Gründen verschleiert man das Ohr den staats- und volkspolitischen Notwendigkeiten. Bald aber — fürchten wir — dürfte es „zu spät“ sein.

Nun hat Prof. Dehmann auch in der Archäologischen Gesellschaft zu Berlin, wo auch Professor Sukenik seinen Vortrag gehalten hat, seine wissenschaftlichen Ansichten erörtert. Die von Sukenik gegebene, andererseits angezweifelte Lesung Jeschua bar Joseph ist nach Dehmann richtig. Auch stammt das Ossuar aus der Zeit der Geburt Christi. Aber es ist ein weit verbreiteter, wenn auch erklärlicher Irrtum, daß der Name Jeschua selten ist. Im Gegenteil, er ist ein uralter männlicher Personenname bei den Juden, den schon in etwas abgewandelter Form der Nachfolger Moses, Josua, trägt. Neben der hebräischen Form Jeschua ist in der Diaspora weit verbreitet die uns geläufige Namensform Jesus, die dem Griechischen und Lateinischen in der Endung angeglichen ist; eine andere Angleichung ist die Form Jafon, eigentlich ja der Name des Helms der Argonauten, aber in hellenistisch-römischer Zeit ein häufiger Judennamen.

Es sind auch andere Ossuare mit dem Namen Jesus längst bekannt, z. B. in der Zusammensetzung Simeon, der Sohn des Jesus. Aus der Fülle der literarischen Belege sei der merkwürdige genannt: der Mörder Barrabas, den Pilatus den Juden anstelle des Nazareners freiließ, heißt Jesus Barrabas, ein Vorname, der freilich in den meisten Handschriften als anstößig getilgt ist. Josephus, der Geschichtsschreiber der Juden, kennt 20 verschiedene Männer Namens Jesus, darunter 10 aus der Zeit Christi. In Ägypten kommt er vor auf Tonscherben (Ostraka), die als Quittung dienten, und auf Inschriften. Die wichtigste stammt aus Leontopolis von einem Grabe augustinischer Zeit, sie ist metrisch gehalten und stimmt manchmal wörtlich mit Stellen aus dem Neuen Testament überein: „Ich bin Jesus“, „ich fuhr hinab in den Hades“, und „du bist mein Sohn“, das letzte offenbar eine Adoptionsformel.

Mit dem 2. Jahrhundert wird allmählich Jesus zum Sakramenten, seitdem ist er bei den Juden außer Gebrauch gekommen, nicht aber bei den Mohammedanern. Bei den Christen ist er früh geschwunden, heute findet er sich nur noch im spanischen Kulturkreis in Mexiko und auf den Philippinen.

Dr. Friedrich Granier.

Die neuen Gräberfunde in Jerusalem.

Darüber sind uns mehrere Anfragen und die nachfolgenden Äußerungen von zwei Seiten zugegangen.

Durch die Presse geht eine, wie ich höre auch durch den Rundfunk verbreitete Nachricht von aufsehenerregenden Gräberfunden in der heiligen Stadt. Herr Prof. Dr. Sukenik, deutscher Archäologe an der Universität Jerusalem, hat in Berlin einen Vortrag über neue Gräberfunde aus den Jahren 100 vor Christo bis 100 nach Christo gehalten. Die Steinplatten tragen u. a. die Namen Elisabeth, Maria, Johannes und Salome. Es wurde ferner ein Ossuarium (Gebeinhälter) mit der hebräischen Inschrift „Jeschua bar Joseph“ gleich „Jesus, Josephs Sohn“ gefunden. Es sei ausdrücklich bemerkt, daß der Vortragende eine Identität mit biblischen Personen nicht behauptet hat, wohl aber sind in der Presse bereits Stimmen laut geworden, welche diese Folgerung ziehen, und so ergibt sich für manche gläubigen Christen in der Tat ein schwerer Anstoß, da ja doch das Christentum völlig ent wurzelt würde, wenn die Auferstehung des Herrn durch den Hinweis auf jene Gebeinhülle wenigstens scheinbar widerlegt werden könnte. Nun hat man allerdings gesagt, bei der Säufigkeit der Namen Jesus und Joseph lasse sich die Identität mit Jesus von Nazareth nicht behaupten. Aber das genügt keineswegs. Man muß beweisen können, daß Jesus von Nazareth nicht gemeint sein kann, und zur Führung dieses Beweises bin ich tatsächlich in der Lage. Mir war von vornherein Verdächtig: „Elisabeth“ scheidet aus, da Zacharias und seine Gattin in der Priesterstadt Jata auf dem Gebirge Juda wohnten. Johannes der Täufer wurde zu Machärus (am Ostufer des Toten Meeres) enthaupet und dort von seinen Jüngern begraben (Matthäus 14, 12); Johannes Markus lebte in Rom und später in Alexandria. Der Evangelist Johannes starb erst unter Trajan, also etwa 30 Jahre nach der Zerstörung der Stadt, kann mithin dort nicht begraben sein, um so weniger, als er nach der Ueberlieferung in Ephesus gestorben und begraben ist. Maria, die Mutter Jesu, lebte bei ihm (Johannes

19, 27), scheidet folglich ebenfalls aus. Der Name Salome war so häufig, daß kein Mensch behaupten kann, hier sei die Gattin des Zebedäus gemeint. Ferner befremdete mich die Erweiterung des Namens Joseph zu Jeschua, welche im Alten Testament nur einmal (Ps. 81,6) vorkommt, während im Neuen Testament dieser Name verschiedentlich in „Jese“ verkürzt wird. Was aber das angebliche Ossuarium Jesu betrifft, so wurde mir die illustrierte Beilage der „Vossischen Zeitung“ vom 11. Januar zugesandt, welche mir den gewünschten Aufschluß gab. Sie enthält Aufnahmen von drei Ossuarien. Die Inschrift des ersten lese auch ich gleich Matthäus; das bedeutet indes nicht Matthäus, wie es in der Unterschrift heißt, sondern Matthäus. Das zweite Ossuar zeigt in griechischer Schrift den Namen Mariame; diese Erweiterung des Namens Marjam gleich Maria (sonst Mariamme) ist dem Neuen Testament völlig fremd. Nun aber zur dritten Inschrift. Mit Staunen erkannte ich sofort, daß der letzte Buchstabe des angeblich „Jeschua“ lautenden Namens keineswegs ein p (ph), sondern ein deutliches und unverkennbares k (kh) ist, ein sogenanntes Schluß-k (Raph finale). Der Name wird Jeshuah gleich Jeshuah zu lesen sein; so ergibt sich Jesus, der Sohn des Jeshuah. Der letztere Name kommt meines Wissens sonst nicht vor, gibt aber trotzdem einen guten Sinn: „Der der Herr beschützt“. Damit, denke ich, wäre die Sache erledigt.

J. Vorking, Pfarrer i. R. in Göttingen.

„Jesus, der Sohn Josephs“.

Vor einigen Wochen teilte Professor Sukenik von der Universität Jerusalem mit, daß er auf einem der von ihm untersuchten Ossuare (Gebeinhüllen) aus den Höhlengräbern bei Jerusalem die eingeritzte Inschrift „Jesus, der Sohn Josephs“ gefunden habe. Vielfach sind hieran die phantastischen Folgerungen geknüpft worden, denen Professor Dehmann, der Rektor der Berliner Universität, nach genauer Prüfung des Fundes sofort sehr deutlich entgegentrat.

Reichsernährungsprogramm
Kabinett zugewiesen
Dienstags da
sollte hat sich
schon in der
hüßert, daß
nen geregelt
daraus drehen
menen Mahn

Auch se
tischer Natur
denkonferenz
kanntlich be
land und Kol
stättfinden
die erste deut
den. Inzwisch
lungen mit G
englische Reg
Biste gefandt
In der Haupt
Herabsetzung d

Preuß
21 Millionen
nung. — 80

Im Haupt
die Beratung
begannt, stellte
seien die Defi
gestiegen. Die
über von 54

Im weitere
minister Dr. C
Eriparnisse der
der Dejemerno
der Minister au
praxis gab W
80 Prozent der
Erste Aufmerk
politisch er
amerer Gerichte
alleits anerkan
seie in beson
Verfassung, auf
und unbedingte
Ausführlich bes
Schrift „Gefesse
gegen die Sklav

Zu den A
sei vom 1. Febr
terhin besorgu
der Staatsamw
Die Reform i
währt. Die R
richts, über
der Justizver
vernehmen her

Im
— Verti
Reichstags mi
jammertreten,
sozialisten, die
tion freiwer
wenden, entsc
einberufung e
Kriegsschuldfr

Konserv
Eine Entschl

Die Reich
auf der Reich
Lage referiert
Entschließung

„Die Reich
150 Vertreter
Reich vereinte,
„Brennen ein
acht dabei das
herrschenden Pa
Umbau von Br
und Gliedern e

In seine
ranus auch d
ausführte:

Am wich
Rüstungsreife
Vertragsparin
auch auf dem
und zu nehm
terbundes um
Landes vor a

Wirtschaft
— Verti
schaftspariet
Stimmung zu
Sie trete für
Nachdruck ein
schen Landtag
lung des Land
demnach restlo

— In Ber
verfeht ins Ab

Kabinettsrat über Agrarzölle.

Der Entwurf des Reichsernährungsministeriums fertiggestellt.

— Berlin, 17. Februar.

Reichsernährungsminister Schiele hat das neue Agrarprogramm fertiggestellt und seinen Entwurf dem Kabinettsrat vorgelegt, das sich im Laufe des heutigen Dienstags damit befassen wird. Hinsichtlich der Agrarzölle hat sich bekanntlich Reichskanzler Dr. Brüning schon in der Dezembertagung des Reichstags dahin geäußert, daß die Behandlung der Veredelungsprodukte neu geregelt werden müsse. Jetzt würde es sich also darum drehen, welches Ausmaß die in Aussicht genommenen Maßnahmen erhalten sollten.

Auch sonst noch stehen Fragen wirtschaftspolitischer Natur zur Debatte. Auf der Haager Zollfriedenskonferenz, die Ende 1930 stattfand, wurde bekanntlich beschlossen, daß zwischen Deutschland, England und Holland neue zollpolitische Verhandlungen stattfinden sollten. Vor etwa acht Tagen hat nun die erste deutsch-holländische Fühlungnahme stattgefunden. Inzwischen haben auch die Parallel-Verhandlungen mit England begonnen, und zwar hat die englische Regierung an eine Reihe von Staaten eine Liste gefandt, in der sie ihre Zollwünsche bekanntgibt. In der Hauptsache schlägt die englische Regierung eine Herabsetzung der Zölle auf Steingut- und Metallwaren

um 25 Prozent vor. In dem zweiten Teil der englischen Mitteilung werden Vorschläge über eine Vereinheitlichung der tarifmäßigen Zollbehandlung gemacht. Die englischen Gegenleistungen für die vorgeschlagene Herabsetzung soll in der Beibehaltung des liberalen englischen Einfuhrsystems bestehen.

Bei der großen Wichtigkeit dieses Problems werden die englischen Vorschläge in Berlin mit äußerster Sorgfalt geprüft. Man will in Berlin alle Möglichkeiten untersuchen, wie die englischen Wünsche mit den Erfordernissen der eigenen Wirtschaft in Einklang gebracht werden können.

Dingeldey bei Brüning.

Auch Preußens Verhandlungen mit den evangelischen Landeskirchen erörtert?

Reichskanzler Dr. Brüning empfing den Vorsitzenden der Deutschen Volkspartei, Dr. Dingeldey, zu einer längeren Aussprache über aktuelle Fragen der Politik. In parlamentarischen Kreisen ist man der Ansicht, daß bei dieser Gelegenheit auch die Verhandlungen Preußens mit den evangelischen Landeskirchen erörtert worden sind. Gerüchten zufolge hat sich jetzt in dieser Frage eine Zuspitzung ergeben, weil die preussische Regierung angeblich keine Schutzbestimmungen gewähren will.

Ruhrbergbau schränkt ein.

Zum 15. März die Entlassung von 2110 Personen beantragt.

Die Abteilung Bergbau der Vereinigten Stahlwerke A.-G. teilt mit:

Infolge des weiter rückgängigen Koksabfuges und infolge der Unmöglichkeit, die angewachsenen Koksberge zu räumen, hat sich die Bergwerksverwaltung Gelsenkirchen der Vereinigten Stahlwerke gezwungen gesehen, die Kokszerzeugung weitestgehend einzuschränken und als Folge hiervon die Kohlenförderung in erheblichem Maße weiter herabzusetzen. Der bisher angewandte Ausweg, durch Einlegung von Feierschichten die Kohlenförderung herabzubringen, hat im letzten Monat zur Einlegung von zwei Feierschichten wöchentlich geführt, ohne daß es gelang, mit dieser Maßnahme Förderung und Absatz auch nur annähernd in Einklang zu bringen.

Die Bergwerksverwaltung Gelsenkirchen hat daher weitere Kündigungen und Entlassungen bei den zugehörigen Stellen zum 15. März beantragt, und zwar für Arbeiter und Angestellte. Es sollen zur Entlassung kommen aus Zeche „Nordstern“ in Horst 115 Personen, aus „Graß Wolke“ in Gladbeck 505, aus „Holland“ in Gelsenkirchen 280, aus „Wuto“ in Wanne-Eickel 230, aus „Zollverein“ in Katernberg 580, aus „Rheinische“ in Gelsenkirchen 170, aus „Bonifatius“ in Krup 230 Personen. Von dieser neuen Einschränkungsmäßnahme werden demnach insgesamt 2110 Personen betroffen.

Neue Kündigungen im Ruhrbergbau.

— Essen, 17. Februar. Infolge Absatzschwierigkeiten hat die Bergwerksgesellschaft Hibernia in Herne die Entlassung von bis zu 450 Bergleuten auf Schächten in Herne und Neukirchenhausen beim Stilllegungskommissar beantragt. Aus dem gleichen Grunde haben die Rheinischen Stahlwerke A. G. in Essen die Entlassung von 590 Arbeitern und Angestellten und die Bergbaugruppe Hamborn der Vereinigten Stahlwerke die Entlassung von 1600 bis 1700 Bergarbeitern beantragt. Die Kündigungen sollen am 1. März erfolgen.

Kredite für Ruhrort-Weiderich?

Kaufmanns-Abordnung nach Berlin entsandt. — Verhandlungen mit der Reichsregierung.

— Berlin, 17. Februar.

Unter Führung des Geschäftsführers des Duisburg-Hamborner Einzelhandels-Verbandes, Dr. Koller, ist eine aus dem 1. Vorsitzenden des Duisburger Einzelhandelsverbandes und den Kaufleuten Wendow und Nachtrag bestehende Kommission nach Berlin unterwegs, um hier mit Reichskanzler Dr. Brüning, Reichsfinanzminister Dietrich und Reichsarbeitsminister Siegerwald wegen der durch die Schließung der Hütte Ruhrort-Weiderich eintretenden wirtschaftlichen Schädigung der Duisburg-Hamborner Kaufmannschaft Aussprache zu nehmen.

Wie verlautet, will die Kommission Steuererleichterungen und einen Zwei-Millionen-Kredit vorschlagen.

Ausfuhrüberschuß im Januar.

Einschließlich der Sachlieferungen 150 Millionen Mark.

Nach den jetzt vorliegenden Abrechnungen für Januar hat Deutschland im ersten Monat des neuen Jahres für 625 Millionen Mark Waren ein und für 725 Millionen Mark Waren ausgeführt. Der Ausfuhrüberschuß beträgt demnach 100 Millionen Mark; einschließlich der Reparationsfachlieferungen macht der Ausfuhrüberschuß 150 Millionen Mark aus.

Die Einfuhr weist insgesamt einen Rückgang gegenüber Dezember in Höhe von 82 Millionen Mark, die Ausfuhr einen solchen in Höhe von 128 Millionen Mark aus. Ernsteste Beachtung verdient dabei, daß der Rückgang der Einfuhr fast ausschließlich auf einen — saisonmäßig nicht bedingten — verminderten Absatz von Fertigwaren entfällt. Inwiefern der mengenmäßige Rückgang der Einfuhr im Januar auf eine weitere Zunahme der Absatzschwierigkeiten in den für Deutschland besonders wichtigen Absatzländern zurückzuführen ist, läßt sich auf Grund eines einzelnen Monatsergebnisses nicht beurteilen.

Machtkampf in Spanien.

— Madrid, 16. Februar.

Aus Spanien gehen wieder Alarmmeldungen in die Welt. Die Rückkehr von der Diktatur zur parlamentarischen Regierungsform gestaltet sich nun doch schwieriger und ist mit größeren Gefahren verbunden, als man es in Madrid erwartet hatte. Auch die Ausschreibung der Cortes-Wahlen zum 1. März hat die Regierung im Lande nicht zu dämpfen vermocht. Der Streit ging um die Befugnisse, die die neue Ständerversammlung haben sollte, und da erwies sich, daß die Regierung Berenguer den Cortes wohl gesetzgebende, nicht aber verfassunggebende Befugnisse einräumen wollte. Damit war die Linke nicht zufrieden, sie forderte vielmehr für das Parlament nach Art einer Nationalversammlung das Recht, dem Lande eine neue Verfassung zu geben und proklamierte nach der Ablehnung ihrer Forderungen den Wahlboykott.

Nun wird es fürs erste überhaupt keine Wahlen geben; aber es gibt auch keine Regierung mehr, denn das Kabinet Berenguer ist zurückgetreten. König Alfons, der sich natürlich über den Ernst der Lage nicht im unklaren ist, hat eine Anzahl Parteiführer empfangen, so den konservativen Herzog von Aura und den liberalen Grafen Romanones, und sich um die Bildung einer liberal-konservativen Regierung bemüht. Einen Ausweg suchte man in der Richtung, daß sofort eine provisorische Regierung eingesetzt und die Befugnisse des neuwählenden Parlaments erweitert werden. Die Cortes dürften danach zwar berechtigt sein, die geltende Verfassung, die noch aus dem Jahre 1876 stammt, abzuändern, jedoch nur insoweit, als Spanien dadurch nicht seines Charakters als monarchischer Staat verloren geht.

Lieber die Stärke der einzelnen Strömungen ist zur Stunde zuverlässiges Material nicht bekannt. Es geht alles etwas bunt durcheinander, dazu offenbart sich eine gefährliche Zersplitterung zwischen Fällen und Verhaftungen sind an der Tagesordnung. So fuhr in der Hauptstadt die Witwe des wegen seiner Teilnahme an dem Aufstandsversuch in Jaca erschossenen Hauptmanns Hernandez mit einem Kraftwagen durch die Straßen, wobei die Menge in ihrem südlichen Temperament den Kraftwagen mit den wenig verheißungsvollen Worten: „Nieder mit der Monarchie! Tod dem König! Es lebe die Republik!“ begrüßte. Gegen einen mit Polizeibeamten besetzten Kraftwagen wurde ein Steinbombardement entfesselt.

Eine radikale Stimmung spricht ferner aus einer Entschliebung, die eine Gewerkschaftsversammlung in Barcelona angenommen hat und in der folgende Forderungen erhoben werden: Freilassung aller politischen Gefangenen; Anerkennung des Gewerkschaftsrechts und Aufhebung des während der Diktatur erlassenen Verbots der Gewerkschaften; Wiederherstellung verfassungsmäßiger Garantien; Einführung eines neuen Strafgesetzbuchs. Gleichzeitig wurde den Behörden aufgegeben, das Verbot der Gewerkschaften vorweg und spätestens innerhalb von drei Tagen wieder aufzuheben, widrigenfalls der Generalfreist proklamiert werden würde.

König Alfons XIII., für dessen Herrschaft jetzt die Schicksalsstunde geschlagen hat, wird im Mai 45 Jahre alt. Den Thron bestieg er am 17. Mai 1902. Obwohl ihm sein schlichtes Wesen viele Sympathien und den Namen eines „Rehimpatico“ verschaffte, wurde doch bei seiner Verheiratung am 31. Mai 1906 auf den Hochzeitstag ein Bombenattentat verübt, bei dem 15 Personen den Tod fanden. Politisch übte König Alfons Zurückhaltung. Als Deutscher wird man es ihm dank wissen, daß er während des Weltkrieges eine streng neutrale Haltung einnahm und sich darin bis Ende des Krieges nicht irremachen ließ. Die wichtigste Entscheidung, die König Alfons XIII. zu treffen hatte, fiel in das Jahr 1923, als General Primo de Rivera an der Spitze der Armee die Diktatur proklamierte. Jetzt legt die Überleitung von der Diktatur zur parlamentarischen Regierungsform dem König abermals eine schwere Verantwortung auf, legt ihm eine Aufgabe vor, von deren Lösung und der Art, wie sie erfolgt, gegebenenfalls das Schicksal der Dynastie abhängen kann.

Wichtige Personen im Kampf um die Macht in Spanien sind ferner Sanchez Guerra und der in Paris lebende liberale Führer Santiago Alba, den der spanische Botschafter Quinones de Leon zu einer Unterredung zu sich gebeten hat. Wie inzwischen bekannt wird, hat auch Santiago Alba die ihm im Auftrage des Königs angebotene Kabinettskandidatur abgelehnt und die Berufung Sanchez Guerras empfohlen.

Der Kampf gegen die Schuldlüge

Eine weitere Stimme aus Amerika.

„New York World“ befaßt sich in einem Leitartikel mit der Reichstags-Entschliebung gegen die Schuldlüge und schreibt dazu, die Mehrheit des deutschen Volkes stimme darin überein, daß Deutschland nicht allein schuldig am Kriege und daher auch moralisch zu weiteren Reparationszahlungen nicht verpflichtet sei. Der Streit drehe sich daher nicht um ein Endziel, sondern um die Methoden, dieses Ziel zu erreichen.

Es erscheint sicher, daß die Unternehmung der Kriegsschuldfrage höchstens einige Jahre hinausgeschoben werden könne. Angesichts des sich anhäufenden Beweismaterials werde es immer schwerer, — wir sind der Meinung, daß es längst unmöglich geworden ist — Deutschland als allein schuldig anzusehen. Früher oder später würden die Regierungen, die Deutschlands Gläubiger sind, gezwungen sein, dieses Beweismaterial zu berücksichtigen.

Vandervelde für Revision.

Gegen die Schuldlüge, die astronomischen Ziffern und den Haub Cyprien-Malmédys.

Der Führer der belgischen Sozialisten, Minister a. D. Vandervelde, erklärt in einem Artikel, die belgischen Sozialisten würden sich niemals dazu verstehen, eine Politik für vernünftig zu erklären, die dem deutschen Volk die alleinige Verantwortlichkeit am Kriege auferlegt habe, die ferner dem deutschen Volk astronomische Zahlen für Reparationszahlungen summierte, die

Preußens Justizverwaltung.

21 Millionen Mark Ersparnisse aus der Notverordnung. — 80 Prozent der bedingt Begnadigten bewährten sich.

— Berlin, 17. Februar.

Im Hauptausschuß des Preussischen Landtags, der die Beratung des Haushalts des Justizministeriums begann, stellte der Berichterstatter fest, gegenüber 1913 seien die Defizite um rund 2000 Fälle im Monat gesunken. Die Zahl der Gefangenen sei demgegenüber von 54 000 auf 30 000 zurückgegangen.

Im weiteren Verlauf der Sitzung äußerte sich Justizminister Dr. Schmidt über eine Reihe Fragen. Die Ersparnisse der preussischen Justizverwaltung auf Grund der Gegenüberverordnung des Reichspräsidenten bezifferte der Minister auf 21 Millionen Mark. Ueber die Gnadenpraxis gab Minister Schmidt bekannt, daß rund 75 bis 80 Prozent der bedingt Begnadigten sich bewährt haben. Erste Aufmerksamkeit verdiente das bedrohliche Anwachsen politischer Delikte. Daß der größte Teil der Tätigkeit unserer Gerichte sich in völliger Objektivität vollziehe, werde allseits anerkannt. Der Richter sei als berufener Diener der Gerechtigkeit in besonderer Weise verpflichtet, die republikanische Verfassung, auf die er seinen Eid geleistet habe, zu wahren und unbedingte parteipolitische Neutralität zu bewahren. Ausführlich beschäftigte sich der Minister ferner mit der Schrift „Gefesselte Justiz“ und kurz mit den Strafverfahren gegen die Claretis und Wammat.

Zu den Personalverhältnissen der Justiz bemerkte Minister Dr. Schmidt, die Zahl der Gerichtsassessoren sei vom 1. Februar 1930 ab von 2739 auf 3079, weiterhin besorgniserregend gestiegen. Die Verjüngung der Staatsanwaltschaft sei mit Erfolg betrieben worden. Die Reform der Referendarausbildung habe sich bewährt. Die Reform des Universitätsunterrichts, über deren Notwendigkeit und Ziel zwischen der Justizverwaltung und Unterrichtsverwaltung Einvernehmen herrsche, stehe bevor.

Um die Dikaten der Rechtsopposition.

— Berlin, 17. Februar. Der Reichstagsrat des Reichstags wird am Donnerstag zu einer Sitzung zusammengetreten, in der über den Antrag der Nationalsozialisten, die durch die Abwesenheit der Rechtsopposition freierwerdenden Dikaten des Erwerbslosen zuzuwenden, entschieden wird. Ferner soll über die Wiederberufung eines Ausschusses zur Untersuchung der Kriegsschuldfrage beraten werden.

Konservative für Volksbegehren.

Eine Entschliebung der Reichstagung der Konservativen Volkspartei.

Die Reichstagung der Konservativen Volkspartei, auf der Reichsminister Trebitsch über die politische Lage referiert hatte, fand mit der Annahme einer Entschliebung ihren Abschluß, in der es heißt:

„Die Reichstagung der Konservativen, die in Berlin 150 Vertreter der Konservativen Volkspartei aus dem Reich vereinte, beschließt einstimmig, das vom Stahlhelm in Preußen eingebrachte Volksbegehren zu unterstützen. Sie geht dabei davon aus, daß damit nicht der Erlass einer herrschenden Parteikoalition durch eine andere, sondern der Umbau von Preußen und Reich in einer Reform an Haupt und Gliedern eingeleitet werden soll.“

In seinem Referat hatte Reichsminister Trebitsch aus die Abrüstungsfrage behandelt, wobei er ausführte:

Am wichtigsten ist für uns die Forderung der Abrüstungsfreiheit. Durch den Bruch der Zusagen der Vertragspartner sind wir berechtigt, unsere Freiheit auch auf dem Gebiete der Wehr und Waffen zu fordern und zu nehmen. Wir brauchen die Plattform des Völkerbundes um die Unwahrscheinlichkeit des bisherigen Zustandes vor aller Welt aufzuzeigen.

Wirtschaftspartei unterstützt das Volksbegehren.

— Berlin, 17. Februar. Die Fraktion der Wirtschaftspartei des Preussischen Landtages teilt ihre Zustimmung zu dem Volksbegehren des Stahlhelms mit. Sie trete für das Volksbegehren schon deshalb mit Nachdruck ein, weil sie als erste Fraktion des Preussischen Landtages und mehrfach Entwürfe auf Auflösung des Landtages eingebracht habe. Die Partei stehe demnach restlos hinter dem Volksbegehren.

— In Berlin wurde ein Hauptausschuß für Fremdenverkehr ins Leben gerufen.

ferner einmal die Auslieferung der sogenannten Kriegs-
schuldigen verlangt habe, die Polen in unberechtigter
Weise vergrößert habe, die für das Saargebiet bis
zum Jahre 1935 ein Sonderregime eingeführt habe
und die schließlich unter Mißachtung der garantierten
Abstimmung in Eupen und Malmedy Belgien nicht nur
Malmedy und den ehemals preussischen Teil Wallo-
niens, sondern auch die rein deutschen Gebiete Eupen
und St. Vith zugesprochen habe.

Der Vizekönig erwartet Gandhi.

Die nachgeachtete Unterredung bewilligt. — Zusammen-
kunft am Mittwoch?

London, 17. Februar.

Der Vizekönig von Indien hat die von Gandhi
nachgeachtete Unterredung bewilligt. Bekanntlich hatte
Gandhi in seinem Brief an eine zwanglose Unter-
redung gebeten, in der er dem Vizekönig die Lage
aufrichtig darlegen wollte. Die drei indischen Führer
Savru, Sahri und Rajah sind vom Vizekönig be-
reits empfangen worden. Die von Gandhi nachge-
achtete Zusammenkunft soll noch in dieser Woche, und
zwar voraussichtlich am Mittwoch, stattfinden.

Der bevorstehende Empfang Gandhis durch den
Vizekönig wird von der englischen Presse als ein Mo-
ment der Entspannung begrüßt. Andererseits wird
aber auch die Befürchtung geäußert, Gandhi wolle
nur vor der Welt den Nachweis führen, daß er alles
versucht hätte, um zu einer gütlichen Einigung zu
kommen, die Schuld also auf England abwälzen. Diese
Vermutung hängt wohl auch damit zusammen, daß
der Salzkrieg in verschiedenen Bezirken von Bombay
wieder begonnen hat.

Sanchez Guerra Ministerpräsident?

Vom König mit der Neubildung der spanischen Re-
gierung beauftragt.

Madrid, 17. Februar.

König Alfons XIII. von Spanien, der bisher
keinen Mann zu finden vermochte, der das Erbe des
Generals Berenguer antreten wollte, hat nunmehr auf
Vorschlag des Liberalenführers Santiago Alba den
bekannten Politiker Sanchez Guerra mit der Bildung
einer neuen Regierung beauftragt.

Daß diese Aufforderung gerade an Guerra er-
gangen ist, zeigt aufs deutlichste, wie schlimm die Lage
ist, in der Spanien sich jetzt befindet. Sanchez Guerra
ist nämlich in den Jahren der Diktatur offen als
Revolutionär hervorgetreten, und noch im vorigen
Jahre hat er öffentlich eine Erklärung abgegeben, nach
der er, obwohl Monarchist, mit König Alfons niemals

wieder zusammenarbeiten wollte. Wegen des Putsch-
versuchs von Valencia ist Sanchez Guerra dann ein
Jahr auf einem Kriegsschiff gefangen gehalten worden.
Das Programm Guerras geht dahin, innerhalb
dreier Monate die Gemeinde- und Provinzialwahlen
durchzuführen und anschließend allgemeine Wahlen ab-
zuhalten.

Amerika sorgt für seine Kriegsteilnehmer.

Große finanzielle Zugeständnisse des amerikanischen
Abgeordnetenhauses an die Kriegsteilnehmer.

Neu-York, 17. Februar. Trotz dringender Warnun-
gen des Schatzsekretärs Mellon und zahlreicher hervor-
ragender Wirtschaftsführer verabschiedete das Abgeor-
detenhaus die Vorlage, die den Anleihewert der Verfor-
gungsscheine für Kriegsteilnehmer von 22,5 auf 50 v. H.
erhöht. Aus dieser Maßnahme würde dem Schatzamt eine
Mehrausgabe von 700 Millionen bis 1700 Millionen Dol-
lar erwachsen. Die Vorlage bedarf noch der Zustimmung
des Senats, der sich aber dem Vorgehen des Abgeor-
detenhauses zweifellos anschließen dürfte. In Washing-
ton erwartet man, daß Präsident Hoover Einspruch er-
heben wird. Dieser Einspruch könnte durch eine Zwei-
drittelmehrheit des Kongresses paralysiert werden.

... halb Bohnenkaffee,
halb Kathreiner,
auch das hilft schon sparen!
Und das schmeckt ganz
ausgezeichnet!

Fünf Todesopfer im Bergbau.

Gien, 16. Februar. Auf der Schachtanlage
„Konstantin der Große“ in Vochum wurden zwei Ber-
gleute durch Gesteinschlag getötet. Auf der Zeche „Got-
tesseggen“ stürzte am gleichen Tage ein Bergmann bei
Reparaturarbeiten aus einer Höhe von vier Metern
ab und war sofort tot. Auf der Zeche „Minister Aden-
bach“ in Lünen wurden zwei Bergleute von Gesteins-
massen verschüttet.

Verschiedenes.

Marburger Ferienkurse 1931.

Die bekannten, alljährlich an der Philipps-Universi-
tät zu Marburg a. d. Lahn veranstalteten Ferienkurse
finden in diesem Jahre vom 5. bis 31. August statt. Her-
vorragende Gelehrte von den verschiedensten deutschen
Universitäten und bekannte Schulmänner behandeln in
wissenschaftlich vertieften, aber ohne besondere Vorbil-
dung zugänglichen Vorlesungen das Thema „Deutsche
Erziehung“. Es sprechen u. a. Alfred Bäumer-Dresden,
Hans Fischer-München, Ernst Krieger-Frankfurt, Theodor
Litt-Leipzig, Eduard Spranger-Berlin.

Praktische Einführung in den Schulunterricht, Un-
terrichtsbesuche bei den verschiedensten Schultypen er-
gänzen die theoretischen Vorlesungen und vermitteln
Einblicke in gegenwärtige deutsche Erziehungsformen.
Für Ausländer werden besondere „Deutsche Sprachkurse“
und Vorlesungen über „Deutsche Literatur und Kunst“
gehalten. Selbstübungen, Einführung in Latein, Spiel-
schul- und Volksschul-, musikalische und geistliche Ver-
anstaltungen sind vorgesehen. Den Abschluß bildet eine
siebentägige Studienfahrt von Heidelberg-Speyer rhein-
abwärts bis Köln-Düsseldorf. Programme, Auskünfte
über Art bei der „Geschäftsstelle der Marburger Ferien-
kurse“, Marburg a. d. Lahn, Rotenberg 21, Deutschland.

Bethel.

Frauenhilfe: Mittwoch, den 18. Februar, 3½ Uhr
nachmittags im Jungfrauenaal des Waisenheims.

J. B. C. Brandt.

Kirchendorf. Am Donnerstag kommen die Noten-
heften für den 6. März zur Ausgabe. Sie kosten 20 P.,
um deren Entrichtung gleich bei der Ausgabe gebeten
wird.

Ein brauner Herrenschirm vor einiger Zeit stehen
geblieben. Abzugeben in der Geschäftsstelle des Auf-
wärters.

Anzeigen aus Bethel.

Schön möbliertes Zimmer für 2 (evtl. auch 1) Per-
sonen mit Morgenkaffee sofort zu vermieten.
Bülowsstr. 24 I, links.

Schriftleitung: W. Knaa, Wirtschafts- und Welpolitik; Dr.
F. Surtel, Anzeigen; R. Diekmann, alle in Bethel. Zuschriften
für die Schriftleitung: Bielefeld, Schlegelstr. 28. Für Bel-
sendungen Postfachkonto: Hannover 67377. „Aufwärts“, Chri-
stliches Tagesblatt, Bethel b. Bielefeld, Fernruf 3911/3919, Amt
Bielefeld. Druck und Verlag: Anstalt Bethel.

Statt Karten.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme beim
Heimgang unseres lieben Entschlafenen sprechen wir
auf diesem Wege unseren innigsten Dank aus.

Frau Anna Klammer
und Kinder.

Bethel, den 17. Februar 1931.

Töchterheim

des Diakonissenhauses Kassel

staatlich anerkannte Haushaltungsschule, Landgraf Karlstr. 23,
bietet jungen Töchtern Gelegenheit, sich zu tüchtigen Frauen
und Müttern auszubilden. Näheres Prospekt.

Aluminium-u. Korbwaren



in guter, starker
Ausführung fer-
tigen an und
empfehlen die

„Tiberias-Werke“ der Anstalt Bethel

Verlangen Sie bitte Preisliste.

Liebhaver-Photographen

decken ihren Bedarf in der

Photo-Handlung König, Bielefeld, Rathausstr. 3. Tel. 955

Junge tüchtige

Mamsell

für Küche und Geflügel. Bild,
Zeugnisse, Gehaltsansprüche.

Frau v. Allen.

Rittergut Dunau, Hannover I

(Land).

Haustochter

zum 1. April gesucht, kinderlieb,
Mädchen vorhanden, schl. im schl.
Professor Dr. Dr. Werdermann,
Hannover, Bödefeldstraße 68.

Suche zum 1. od. 15. März 1931

christlich gefirmte

Haustochter

ohne gegenseitige Vergütung.
Haushalt besteht aus 3 Personen.
Mädchen vorhanden.

Nichtl. Kataster-Direktor,
Osterholz-Scharmbeck
bei Bremen.

Stellengefuche u. Angebote

haben im

„Aufwärts“ großen Erfolg!

Freie Pfarrstelle

Zum 1. April wird voraussichtlich
die Pfarrstelle in Girkhausen,
Kr. Wittgenstein, Reg. Arnsberg
frei. 800 Seelen in geistlichem
Dorf, 10 km von Berleburg
(Ebnal täglich mit Postauto zu
erreichen). 1928 ist ein neues
Pfarrhaus erbaut worden, Was-
serleitung und elektr. Licht vor-
handen. Landtschaftlich herrliche
Lage. Bewerbungen sind zu
richten an den Fürsten zu Sayn
Wittgenstein Berleburg in
Berleburg.

Nordseebad

für Jg. Mädchen und Kinder.
Monatlicher Pensionspreis
z. Zt. 75 RM. Prospekte
durch den Pensionsinhaber
Gemeindevorsteher Paulsen

Amrum-Norddorf

Freiwillig. Bes. Wiesbaden.
Land- u. Jagdgebiet. „Ebnal“.
Freizeit- und Erholungsheim für
Kinder und Jugendliche. Schöne
Lage am Wald, 7½ Morgen großer
Garten. Abgabebereitschaft. Wägl.
Preis. Das ganze Jahr geöffnet.
Antr. an: Herr a. d. T. Köpp,
Herrborn, Bielefeld.

Wittgenstein. Christl. Hospiz, Kohlfeldstr. 14
Biel. Verein für Inn. Mission. Stra-
ßenbahn 2 und 16. Fernruf 1620 und
2079. Preis pro Bett 2,75 — 4,50 Mk.
einschl. Steuern.

Bad Dippelbrunn. Christl. Erholungs-
heim Immanuel. Trautes Heim am
Lanzenwald. Vollständ. Verpflegung.
Bil. Preise. Das ganze Jahr offen.
Zentralheizung. Bäder. Liege-
hallen. Anbieten.

Karmen. Christl. B. J. M. Immanuel
Hospiz und Pensionat. Intere. Län-
denparkstr. 8. Fernruf 6521.
Befriedigendes Heim mit guter Verpfle-
gung für kürzeren und längeren Auf-
enthalt. Zentralheizung, elektr. Licht
und Bad im Hause. — Wägl. Preise.
Antr. an: Herr a. d. T. Köpp,
Herrborn, Bielefeld.

Nordseebad Langeoog. Tüchtiger Fa-
milienheim bietet Erholungssuchenden
Bade- und Jagdgebiet. Fernruf 6521.
Befriedigendes Heim mit guter Verpfle-
gung für kürzeren und längeren Auf-
enthalt. Zentralheizung, elektr. Licht
und Bad im Hause. — Wägl. Preise.
Antr. an: Herr a. d. T. Köpp,
Herrborn, Bielefeld.

Wittgenstein. Christl. Hospiz, Kohlfeldstr. 14
Biel. Verein für Inn. Mission. Stra-
ßenbahn 2 und 16. Fernruf 1620 und
2079. Preis pro Bett 2,75 — 4,50 Mk.
einschl. Steuern.

Bad Dippelbrunn. Christl. Erholungs-
heim Immanuel. Trautes Heim am
Lanzenwald. Vollständ. Verpflegung.
Bil. Preise. Das ganze Jahr offen.
Zentralheizung. Bäder. Liege-
hallen. Anbieten.

Karmen. Christl. B. J. M. Immanuel
Hospiz und Pensionat. Intere. Län-
denparkstr. 8. Fernruf 6521.
Befriedigendes Heim mit guter Verpfle-
gung für kürzeren und längeren Auf-
enthalt. Zentralheizung, elektr. Licht
und Bad im Hause. — Wägl. Preise.
Antr. an: Herr a. d. T. Köpp,
Herrborn, Bielefeld.

Nordseebad Langeoog. Tüchtiger Fa-
milienheim bietet Erholungssuchenden
Bade- und Jagdgebiet. Fernruf 6521.
Befriedigendes Heim mit guter Verpfle-
gung für kürzeren und längeren Auf-
enthalt. Zentralheizung, elektr. Licht
und Bad im Hause. — Wägl. Preise.
Antr. an: Herr a. d. T. Köpp,
Herrborn, Bielefeld.

Wittgenstein. Christl. Hospiz, Kohlfeldstr. 14
Biel. Verein für Inn. Mission. Stra-
ßenbahn 2 und 16. Fernruf 1620 und
2079. Preis pro Bett 2,75 — 4,50 Mk.
einschl. Steuern.

Bad Dippelbrunn. Christl. Erholungs-
heim Immanuel. Trautes Heim am
Lanzenwald. Vollständ. Verpflegung.
Bil. Preise. Das ganze Jahr offen.
Zentralheizung. Bäder. Liege-
hallen. Anbieten.

Karmen. Christl. B. J. M. Immanuel
Hospiz und Pensionat. Intere. Län-
denparkstr. 8. Fernruf 6521.
Befriedigendes Heim mit guter Verpfle-
gung für kürzeren und längeren Auf-
enthalt. Zentralheizung, elektr. Licht
und Bad im Hause. — Wägl. Preise.
Antr. an: Herr a. d. T. Köpp,
Herrborn, Bielefeld.

Nordseebad Langeoog. Tüchtiger Fa-
milienheim bietet Erholungssuchenden
Bade- und Jagdgebiet. Fernruf 6521.
Befriedigendes Heim mit guter Verpfle-
gung für kürzeren und längeren Auf-
enthalt. Zentralheizung, elektr. Licht
und Bad im Hause. — Wägl. Preise.
Antr. an: Herr a. d. T. Köpp,
Herrborn, Bielefeld.

Wittgenstein. Christl. Hospiz, Kohlfeldstr. 14
Biel. Verein für Inn. Mission. Stra-
ßenbahn 2 und 16. Fernruf 1620 und
2079. Preis pro Bett 2,75 — 4,50 Mk.
einschl. Steuern.

Bad Dippelbrunn. Christl. Erholungs-
heim Immanuel. Trautes Heim am
Lanzenwald. Vollständ. Verpflegung.
Bil. Preise. Das ganze Jahr offen.
Zentralheizung. Bäder. Liege-
hallen. Anbieten.

Karmen. Christl. B. J. M. Immanuel
Hospiz und Pensionat. Intere. Län-
denparkstr. 8. Fernruf 6521.
Befriedigendes Heim mit guter Verpfle-
gung für kürzeren und längeren Auf-
enthalt. Zentralheizung, elektr. Licht
und Bad im Hause. — Wägl. Preise.
Antr. an: Herr a. d. T. Köpp,
Herrborn, Bielefeld.

Hospize und Heime.

Haus Bergab, Luftkurort Alsenburg, freundl., ruh., sonniges Heim im
Park unterhalb des Brodens. Bezahl. eingeht. Zimmer mit und ohne
Balkon. Wägl. Preise. Ausk. Anstalt. Tel. 1200. (vorm.
Frau Pastor W. Sprich).

Heidelberg. Christl. Hospiz, Kohlfeldstr. 14
Biel. Verein für Inn. Mission. Stra-
ßenbahn 2 und 16. Fernruf 1620 und
2079. Preis pro Bett 2,75 — 4,50 Mk.
einschl. Steuern.

Köln a. Rh. Christl. Hospiz, Hotel
Karmen. Anb.: Herr Kraus, Diakon
Sohnstr. 77. Tel. Rheinl. 3562.
Intr. an: Herr a. d. T. Köpp,
Herrborn, Bielefeld.

Witten. Christl. Hospiz, Kohlfeldstr. 14
Biel. Verein für Inn. Mission. Stra-
ßenbahn 2 und 16. Fernruf 1620 und
2079. Preis pro Bett 2,75 — 4,50 Mk.
einschl. Steuern.

Wittgenstein. Christl. Hospiz, Kohlfeldstr. 14
Biel. Verein für Inn. Mission. Stra-
ßenbahn 2 und 16. Fernruf 1620 und
2079. Preis pro Bett 2,75 — 4,50 Mk.
einschl. Steuern.

Wittgenstein. Christl. Hospiz, Kohlfeldstr. 14
Biel. Verein für Inn. Mission. Stra-
ßenbahn 2 und 16. Fernruf 1620 und
2079. Preis pro Bett 2,75 — 4,50 Mk.
einschl. Steuern.

Wittgenstein. Christl. Hospiz, Kohlfeldstr. 14
Biel. Verein für Inn. Mission. Stra-
ßenbahn 2 und 16. Fernruf 1620 und
2079. Preis pro Bett 2,75 — 4,50 Mk.
einschl. Steuern.

Wittgenstein. Christl. Hospiz, Kohlfeldstr. 14
Biel. Verein für Inn. Mission. Stra-
ßenbahn 2 und 16. Fernruf 1620 und
2079. Preis pro Bett 2,75 — 4,50 Mk.
einschl. Steuern.

Wittgenstein. Christl. Hospiz, Kohlfeldstr. 14
Biel. Verein für Inn. Mission. Stra-
ßenbahn 2 und 16. Fernruf 1620 und
2079. Preis pro Bett 2,75 — 4,50 Mk.
einschl. Steuern.

Wittgenstein. Christl. Hospiz, Kohlfeldstr. 14
Biel. Verein für Inn. Mission. Stra-
ßenbahn 2 und 16. Fernruf 1620 und
2079. Preis pro Bett 2,75 — 4,50 Mk.
einschl. Steuern.

Wittgenstein. Christl. Hospiz, Kohlfeldstr. 14
Biel. Verein für Inn. Mission. Stra-
ßenbahn 2 und 16. Fernruf 1620 und
2079. Preis pro Bett 2,75 — 4,50 Mk.
einschl. Steuern.

Wittgenstein. Christl. Hospiz, Kohlfeldstr. 14
Biel. Verein für Inn. Mission. Stra-
ßenbahn 2 und 16. Fernruf 1620 und
2079. Preis pro Bett 2,75 — 4,50 Mk.
einschl. Steuern.

Wittgenstein. Christl. Hospiz, Kohlfeldstr. 14
Biel. Verein für Inn. Mission. Stra-
ßenbahn 2 und 16. Fernruf 1620 und
2079. Preis pro Bett 2,75 — 4,50 Mk.
einschl. Steuern.

Wittgenstein. Christl. Hospiz, Kohlfeldstr. 14
Biel. Verein für Inn. Mission. Stra-
ßenbahn 2 und 16. Fernruf 1620 und
2079. Preis pro Bett 2,75 — 4,50 Mk.
einschl. Steuern.

Wittgenstein. Christl. Hospiz, Kohlfeldstr. 14
Biel. Verein für Inn. Mission. Stra-
ßenbahn 2 und 16. Fernruf 1620 und
2079. Preis pro Bett 2,75 — 4,50 Mk.
einschl. Steuern.

Wittgenstein. Christl. Hospiz, Kohlfeldstr. 14
Biel. Verein für Inn. Mission. Stra-
ßenbahn 2 und 16. Fernruf 1620 und
2079. Preis pro Bett 2,75 — 4,50 Mk.
einschl. Steuern.

Wittgenstein. Christl. Hospiz, Kohlfeldstr. 14
Biel. Verein für Inn. Mission. Stra-
ßenbahn 2 und 16. Fernruf 1620 und
2079. Preis pro Bett 2,75 — 4,50 Mk.
einschl. Steuern.

Wittgenstein. Christl. Hospiz, Kohlfeldstr. 14
Biel. Verein für Inn. Mission. Stra-
ßenbahn 2 und 16. Fernruf 1620 und
2079. Preis pro Bett 2,75 — 4,50 Mk.
einschl. Steuern.

Wittgenstein. Christl. Hospiz, Kohlfeldstr. 14
Biel. Verein für Inn. Mission. Stra-
ßenbahn 2 und 16. Fernruf 1620 und
2079. Preis pro Bett 2,75 — 4,50 Mk.
einschl. Steuern.

Wittgenstein. Christl. Hospiz, Kohlfeldstr. 14
Biel. Verein für Inn. Mission. Stra-
ßenbahn 2 und 16. Fernruf 1620 und
2079. Preis pro Bett 2,75 — 4,50 Mk.
einschl. Steuern.

Wittgenstein. Christl. Hospiz, Kohlfeldstr. 14
Biel. Verein für Inn. Mission. Stra-
ßenbahn 2 und 16. Fernruf 1620 und
2079. Preis pro Bett 2,75 — 4,50 Mk.
einschl. Steuern.

Wittgenstein. Christl. Hospiz, Kohlfeldstr. 14
Biel. Verein für Inn. Mission. Stra-
ßenbahn 2 und 16. Fernruf 1620 und
2079. Preis pro Bett 2,75 — 4,50 Mk.
einschl. Steuern.

Wittgenstein. Christl. Hospiz, Kohlfeldstr. 14
Biel. Verein für Inn. Mission. Stra-
ßenbahn 2 und 16. Fernruf 1620 und
2079. Preis pro Bett 2,75 — 4,50 Mk.
einschl. Steuern.